



WALDDÖRFER UMWELTZEITUNG

UMWELT • KULTUR
GESUNDHEIT UND SOZIALES

■ Verein Jordsand sucht Freiwillige Zivis: Die letzten ihrer Art

Nr. 56 • März 2011

Tel.: (0 40) 644 24 353

Fax: (0 40) 604 50 692

Home: www.wuzonline.de

Naturschutz

hat wieder eine Stimme

Sei Mitte Februar gibt es wieder eine Ansprechpartnerin für Naturschutzfragen im Bezirksamt Wandsbek. Die seit Juni 2010 verwaiste Stelle von Axel Mylius ist mit Angelika Gerlach neu besetzt worden. Gerlach hat im Bezirksamt bisher die Umweltberatung geleitet. Die Biologin ist unter Tel. 42881-3484 zu erreichen. (du)

Exkursionen

Der Botanische Verein zu Hamburg veranstaltet zwei Führungen zum Thema: Gehölze im Winter. Die erste ist am 12. März von 10 bis 13 Uhr ab Umweltzentrum Karlshöhe. Die zweite am 19. März um 10 Uhr ab Bahnhof Ohlsdorf/Ausgang West. Beim ersten Spaziergang werden Gehölze in blattlosem Zustand bestimmt. Bei der zweiten Exkursion sollen Bäume und Sträucher wiedererkannt werden. Anmeldung Tel. 279 81 47 (abends bis 21 Uhr). (WUZ)



Foto: Ilka Duge

Die letzten Zivis des Vereins Jordsand sowie die FÖJler freuen sich auf ihre Aufgaben

Das Bundeskabinett hat am 15. Dezember das Gesetzgebungsverfahren zur Aussetzung der Wehrpflicht auf den Weg gebracht. Mit dem Ende der Wehrpflicht im Juli 2011 entfällt auch der Zivildienst in Deutschland. An seine Stelle soll ein Bundesfreiwilligendienst treten, der Männern und Frauen offen steht. Ob er verpflichtend eingeführt werden soll, ist noch offen. Das trifft vor allem soziale Einrichtungen und auch die Naturschutzverbände.

Fortsetzung auf Seite 4

Wir setzen Sie an natürliche Quellen.



SONNE HOLZ GAS REGEN LUFT

BERGSTEDTER MARKT 1 · 22395 HAMBURG · FON 040 604412-91 · FAX -92
WWW.BACKHAUSSOLARTECHNIK.DE

VOKSMARKT 1981 - 2010

SAMMELN • TRÖDELN • SCHÖNE KÜNSTE

Familienflohmarkt der Walddörfer, Marktplatz Volksdorf: 9 bis 16 Uhr
in Verbindung mit dem Kultur- und Sozialtreffpunkt/ Kindermeile

Termine 2011:

10. 4., 19. 6., 18. 9. und 4.12.

Le Bouquiniste, Tel.: 603 41 13 • Fax: 609 11 765

Buchtipps

von Siegfried Stockhecke, Agenda 21-Büro Volksdorf, Postfach 670502

Ökologisch verträgliches Wirtschaften

Das Standardwerk des Australiers Bill Mollison, dem Mitbegründer der Permakulturbewegung und Träger des alternativen Nobelpreises von 1981, ist endlich auch auf Deutsch erschienen. (Erstausgabe "Permaculture: A Designers Manual" 1988). Es handelt sich um ein umfassendes und ansehnliches Werk im Großformat – wahrlich ein großartiges Buch zur Gestaltung landwirtschaftlicher und anderer Systeme nach permakulturellen Prinzipien:

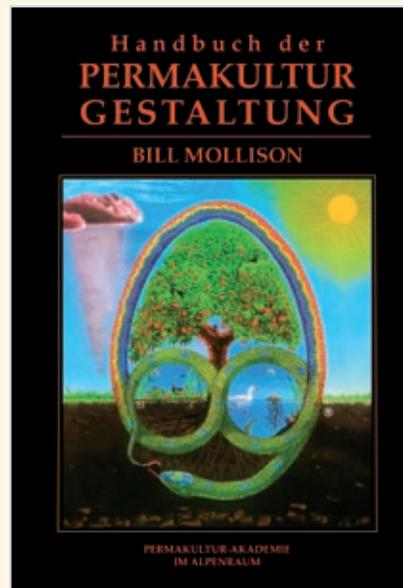
Ein Permakultursystem (Permakultur=permanente/fortwährende Kultur) ist ein komplettes landwirtschaftliches Ökosystem, das so gestaltet wird, dass die zugeführte Energie minimiert und der Ertrag maximiert wird. Das Zusammenleben von Menschen, Pflanzen und Tieren soll so organisiert werden, dass die Bedürfnisse aller erfüllt

werden und sie sich gegenseitig unterstützen und ergänzen. Angestrebt wird ein dynamisches Gleichgewicht. Zerstörerische Eingriffe in die Natur sollen vermieden werden.

Bill Mollison will sich die Erde nicht als „Naturgesetzloser“ untertan machen, er fordert von der Landwirtschaft vielmehr einen Systemwandel: Permakultur als Handeln auf erdwissenschaftlicher Grundlage im Einklang mit den natürlichen Gegebenheiten.

Faszinierend an diesem Buch ist sein konsequent praktischer Anspruch mit Hilfe einer entschiedenen Denkungsweise: die Anwendung ethisch basierter Leitsätze und Prinzipien zur Planung, Gestaltung und Erhaltung zukunftsfähiger Lebensräume. Grundgedanke ist ein Wirtschaften mit erneuerbaren Energien und naturnahen Stoffkreisläufen im Sinne einer ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltigen Nutzung aller Ressourcen.“ Nach einer theoretischen Einführung zur „Gestaltung“ und zum „Verstehen von Mustern“ folgen Kapitel mit unzähligen praktischen Anleitungen zu folgenden Themen:

Klimafaktoren, Bäume, Energieaustausch, Wasser, Böden und Erd-Ressourcen für die verschiedenen Klimazonen der Welt. Im Schlusskapitel wird der Blick dann auf Gesellschaftssysteme aus permakultureller Sicht gelenkt. Es werden gegenwärtige erfolgreiche Modelle vorgestellt, die es einer Gruppe oder Region ermöglichen Probleme vor Ort



Werkzeugkiste für alternatives Leben vor sich, sondern eine voll ausgerüstete Werkstatt mit fachkundigen Anleitungen und tausend Ideen – käuflich zu erwerben, aber vom Wert her unbezahlbar! Vielen Dank an die „Permakultur im Alpenraum“, die uns die deutschsprachige Ausgabe zugänglich gemacht hat. Wir danken für die großzügige Bereitstellung dieses Handbuchs! (Details und Lehrgänge zur Permakultur unter www.permakultur-akademie.com)

B. Mollison: Handbuch der Permakultur-Gestaltung. Permakultur-Akademie im Alpenraum, Stainz 2010, 668 Seiten, 128 Euro

zu erkennen und zu lösen. Realität ist, dass Machtträger kaum zukunftsfähige Systeme entwickeln oder umsetzen aus einem einfachen Grund: Menschen zu ermöglichen, selbst für ihre Nahrung, Energieversorgung und Unterkunft zu sorgen, bedeutet die wirtschaftliche oder politische Kontrolle über sie zu verlieren.

Wir sollten aufhören, von Machtstrukturen, hierarchischen Systemen oder Regierungen Unterstützung zu erwarten und stattdessen Methoden der Selbsthilfe entwickeln. Daher sind die zuerst benötigten Maßnahmen: Unsere eigenen Angelegenheiten in Ordnung zu bringen und selbst Verantwortung zu übernehmen für unser und unser Kinder Wohl in der eigenen Region.

Bill Mollison ist kein „Schnacker“. Wer praktisch sein Leben verändern will, hat hier nicht nur eine

Übrigens...

fast alle Bücher und Filme (DVD), die in der WUZ von Siegfried Stockhecke vorgestellt werden sind im Anschluss an die Rezension in der Volksdorfer Bücherhalle „Weiße Rose“ ausleihbar. Hier gibt es ein extra Regal zur Agenda 21.

Die WUZ hat eine neue Homepage. Unter www.wuzonline.de gibt es tagesaktuelle Nachrichten aus Natur, Umwelt, Politik, Soziales und Kultur.

IMPRESSUM

Walddörfer Umweltzeitung®

Redaktion und Anzeigen
Ilka Duge (du), V.i.S.d.P.
i.duge@wuzonline.de
Tel.: (0 40) 644 24 353
Fax.: (0 40) 604 50 692

Layout und Grafik
Monika Thiel (mt)
m.thiel@wuzonline.de

Verlag
m. MEDIENPRODUKTION GmbH
Ahornweg 19 · 22395 Hamburg

Druck
A. Beig Druckerei und Verlag
GmbH & Co. KG Pinneberg

Die Zeitung wird auf Recyclingpapier gedruckt. Alle namentlich gezeichneten Beiträge sind in der Verantwortung der Autoren. Der Inhalt ist urheberrechtlich geschützt. Deshalb bedarf die Vervielfältigung von Informationen oder Daten, insbesondere die Verwendung von Texten, Anzeigen und Bild-, Grafikmaterial unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung.

www.wuzonline.de

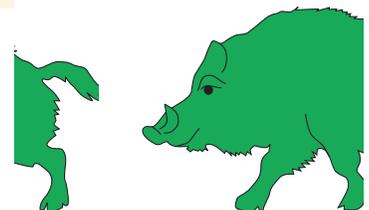
Bestattungen in Bergstedt

Claus-Dieter Wulf
Fachgeprüfter Bestatter

Individuelle Durchführungen
aller Bestattungen in ganz
Hamburg und Umgebung



Neue Büroanschrift
Bergstedter Chaussee 189
22395 Hamburg
Telefon 604 42 443



Die nächste WUZ
erscheint am 14. April 2011

■ Wohnmodell Kritenborg soll Reetdachhaus räumen Alternative Lebensform vor dem Aus



Foto: Verein Kritenborg

Ungewisse Zukunft für das denkmalgeschützte Landhaus am Beerbusch

Seit 1982 probieren unterschiedliche Menschen in einem 100 Jahre alten Reetdachhaus am Beerbusch erfolgreich gemeinschaftliches Leben aus. Sie teilen ein Bad, eine Küche und führen eine gemeinsame Haushaltskasse. Doch damit soll jetzt Schluss sein. Nach vielen Jahren der Unsicherheit, ist dem Wohnmodell Kritenborg jetzt der Mietvertrag gekündigt worden.

Gegründet wurde der Verein „Wohnmodell Kritenborg“ in den 70er-Jahren mit dem Ziel neue Lebensformen zu erproben und zu erleben. Die damals 24 großen und 22 kleinen Menschen wohnten gemeinsam in alten Villen auf dem Gelände des heutigen AEZ. Dort wurden sie 1982 aufgrund von Bauvergrößerungen des Einkaufszentrums vertrieben und die Häuser abgerissen. Nach einigem Ringen bot die Stadt das alte Landhaus am Beerbusch in Bergstedt als alter-

nativen Wohnort an. Ein Teil der Gruppe zog dort ein und organisierte sich neu.

Zehn Jahre wohnten hier Paare, Familien, Alleinerziehende und Singles mit einem Instandsetzungsmietvertrag der Saga, die das Haus für die Stadt Hamburg verwaltete. Zurzeit leben acht Erwachsene und zwei Kinder in dem 1912/13 vom Architekturbüro Distel & Grubitz erbauten und seit 1989 unter Denkmalschutz stehenden Reetdachhaus. Als der Vertrag 1992 auslief, versuchte der Verein das Haus zu kaufen, was jedoch misslang. 2005 wurde das benachbarte Grundstück mit den Kleingärten von der Haspa verkauft mit dem Ziel hier Häuser zu bauen. Auch vor sechs Jahren gelang es dem Verein nicht, das Haus zu erwerben. Stattdessen verkaufte die Stadt Hamburg Haus und Grundstück an Berthold Brinkmann. An der neuen Straße Hohenbergstedt entstanden 32 Einzel- und

Doppelhäuser auf ehemaligen Kleingartenparzellen und im parkähnlichen Garten des Reetdachhauses. Die Bebauung der Fläche ist seitdem immer noch umstritten, vor allem weil einige Häuser direkt am Alsterhang stehen und weil an die 300 Bäume fallen mussten. Eine Nachpflanzung/Ersatzpflanzung ist bis heute nur in Teilen verwirklicht. Seit dem Besitzerwechsel ist die Zukunft des gemeinsamen Wohnens ungewiss. Während der Verein bis 2005 für die Renovierung und Instandsetzung des Hauses zuständig war, kümmert sich seit 2005 eine Verwaltungsfirma um das Anwesen mit dem Ergebnis,

dass dringende Renovierungsarbeiten nur schleppend umgesetzt werden. Im Spätsommer 2010 beschwerten sich die Bewohner, dass es in ein Zimmer aufgrund des schlechten Zustands des Daches rein regnet. Eine Woche später wurde der Mietvertrag ohne Grund gekündigt. Aufgrund der unsicheren Wohnsituation haben einige der Bewohner die Wohngemeinschaft verlassen.

Doch die übrig gebliebenen wollen das Haus nicht aufgeben. Sie fürchten auch um den Fortbestand der letzten Insel alter Bausubstanz im Neubaugebiet mit ökologisch wertvollem Altbaumbestand. Bisher wurden Haus und Garten mit zeitweise über 20 Personen optimal genutzt. Die gemeinsame Organisation von Einkaufen, Kochen, Putzen oder Aufräum- und Gartenarbeiten und die Betreuung der Kinder prägen das Zusammenleben. Das Teilen der anfallenden Arbeiten im Alltag ist ein Versuch die klassischen Rollenverteilungen aufzubrechen. Kinder sind ein wesentlicher Drehpunkt für das gemeinsame Leben. Die Ideen der 70er-Jahre sind heute so aktuell wie damals, denn inzwischen leben auch Alt und Jung unter einem Dach.

Die Zeiten in denen das großzügig geschnittenen Haus von vielen Menschen belebt und somit ideal genutzt wurde sollen in diesem Sommer zu Ende gehen. Den zehn Bewohnern steht eine ungewisse Zukunft bevor, denn für eine solch große Gruppe lässt sich schwer geeigneter Wohnraum finden. (du)



- Gartengestaltung
- Teichbau
- Naturspielplätze
- Baumpflege

040 - 601 06 80 www.biotop-hamburg.de

Fortsetzung von Seite 1
Verein Jordsand sucht Freiwillige
Zivis: Die letzten ihrer Art

Im Januar haben drei junge Männer ihren Zivildienst beim Verein Jordsand zum Schutze der Seevögel e.V. angetreten. Ein halbes Jahr lang werden sie hier für den Naturschutz aktiv sein. Seit 1975 hat der Verein Jordsand – wie andere Naturschutzverbände auch – vom Zivildienst profitiert – jetzt sind sie die letzten ihrer Art. Bisher gab es 20 Zivildienststellen beim Verein Jordsand. Über 500 Zivildienstleistende waren seitdem vor allem in dessen Schutzgebieten eingesetzt. Zu ihren Aufgaben gehört die Bewachung der Gebiete, das Erfassen des Tierbestandes, Vogelberingungen, Müllzählung und Aufräumarbeiten, Führung von Besuchergruppen, Instandhaltung und Pflegemaßnahmen im Gebiet und vieles mehr.

Der Verein Jordsand ist in den Schutzgebieten, die ihm Anhand gegeben wurden, vertraglich verpflichtet z.B. die Pflege und die Aufsicht sicher zu stellen. Doch was wird, wenn es ab Juli keine Zivildienstleistenden mehr gibt, die diese Arbeit übernehmen können? Uwe Schneider, 1. Vorsitzender des Verein Jordsand, glaubt nicht daran, dass sich diese Arbeit mit Freiwilligen abdecken lässt. Wer geht schon von März bis Oktober auf eine Hallig? Wer zählt auch im Winter die Vögel in der Greifswalder Oie oder bewacht im Januar die jungen Kegelrobben auf der Helgoländer Düne? „Ehrenamtliche Stationsmitarbeiter sind eine große Hilfe, aber auch hier sind uns bei der Gebietsbetreuung deutliche Grenzen gesetzt. Ehrenamtler können jederzeit das Handtuch werfen, sind meist nur in den Sommermonaten und relativ zeitlich begrenzt verfügbar“, weiß Schneider.

Neben den Zivis werden seit 1991 auch so genannte FÖJler eingesetzt, junge Menschen, die ein freiwilliges ökologisches Jahr absolvieren. Wie die Zivis arbeiten die FÖJler bisher lang-



Foto: Ilka Duge

Die letzten Zivis beim Verein Jordsand: Janne Jensen, Till Grote und Max Hoppe (v. li.)

fristig in den Schutzgebieten. Für Schneider ist der Ausbau des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) und des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) denkbar. Doch die Finanzierung ist Ländersache, während die Zivis vom Bund bezahlt werden. Der Bund will insgesamt 350 Millionen Euro für den neuen Freiwilligendienst bereitstellen. Davon sollen 50 Millionen Euro zur Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) und des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) ausgegeben werden. Der neue Freiwilligendienst soll zentral geplant werden, doch ist bisher noch nicht festgelegt, wer das tun soll. Offen ist auch noch

wie viel Geld es dafür gibt und wie viele Stellen dem Verein Jordsand zuerkannt werden. Kritik übt der Verein auch an der unterschiedlichen Bezahlung in West- und Ostdeutschland. „Man kann nicht zwei junge Menschen auf derselben Insel einsetzen und sie unterschiedlich bezahlen“, ärgert sich Uwe Schneider.

Trotzdem wird der Verein in Zukunft auf die Freiwilligen nicht verzichten können. Er will mit dem neuen Dienst ein zweites Standbein in den Gebieten entwickeln, die bisher vor allem von Zivildienstleistenden und FÖJlern betreut wurden. Das ist vor allem das Gebiet Oehe-Schleimünde, oder die Helgolän-

der Düne. Der Verein Jordsand betreut außerdem die Gebiete Rantumbecken/Sylt, Amrum Odde, Hauke-Haien-Koog, die Halligen Habel, Norderoog, Norderoogsand und Südfall, Helgoland, Neuwerk und Scharhorn/Nieghörn, die Insel Möwenberg/Schleswig, die Insel Görnitz/Rügen, das Naturschutzgebiet Schwarztonnensand und Asslersand (Elbe) sowie das NSG Hölftigbaum, das Ahrensburger Tunneltal und die Hoisdorfer Teiche. (du)

Interessenten können sich beim Verein Jordsand, Tel. 0 41 02/ 51 98 94 melden. Weitere Infos: www.jordsand.de.

■ Naturschutzgebiet Rodenbeker Quellental soll größer werden Erweiterung im Norden und Osten

Im Koalitionsvertrag des schwarz-grünen Senats wurde 2008 die Erweiterung des Naturschutzgebietes Rodenbeker Quellental vereinbart. Nun ist es so weit. Nachdem auch der Senat am 8. Februar zugestimmt hat, werden die Unterlagen für die geplante Erweiterung des Naturschutzgebietes zurzeit in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) sowie im Bezirksamt Wandsbek öffentlich ausgelegt.

Das 1977 als Naturschutzgebiet (NSG) ausgewiesene Rodenbeker Quellental hat zurzeit eine Größe von rund 47 Hektar. Beabsichtigt ist, es um 37 ha auf 84 ha zu vergrößern. Die Erweiterung dient der langfristigen Sicherung des Gebietes durch die Einbeziehung wertvoller Biotope sowie von Entwicklungsflächen im nahen Umfeld des bisherigen Naturschutzgebietes. Zusätzlich haben die Erweiterungsflächen wichtige Funktionen für den Biotopverbund im nordöstlichen Wandsbek, insbesondere als Verbindungsfläche zum Wohldorfer Wald. Schließlich soll die alte Verordnung des bestehenden Naturschutzgebietes vom 25. Januar 1977, die noch auf der Grundlage des Reichsnaturschutzgesetzes erlassen wurde, den aktuellen naturschutzrechtlichen Anforderungen angepasst werden.

Die voneinander getrennten Erweiterungsbereiche grenzen südöstlich, östlich und nördlich an das bestehende NSG an. Dabei handelt es sich hauptsächlich um alte Waldbestände mit Totholzbereichen, Grünland, Feuchtbiotop und Bäche. Die Waldbereiche sind zum Teil stark durch die feuchten Bachniederungen geprägt. Bei der südöstlichen Erweiterungsfläche handelt es sich um den Verlauf der Rodenbek bis zur Straße Wohldorfer Damm. Der zwei-

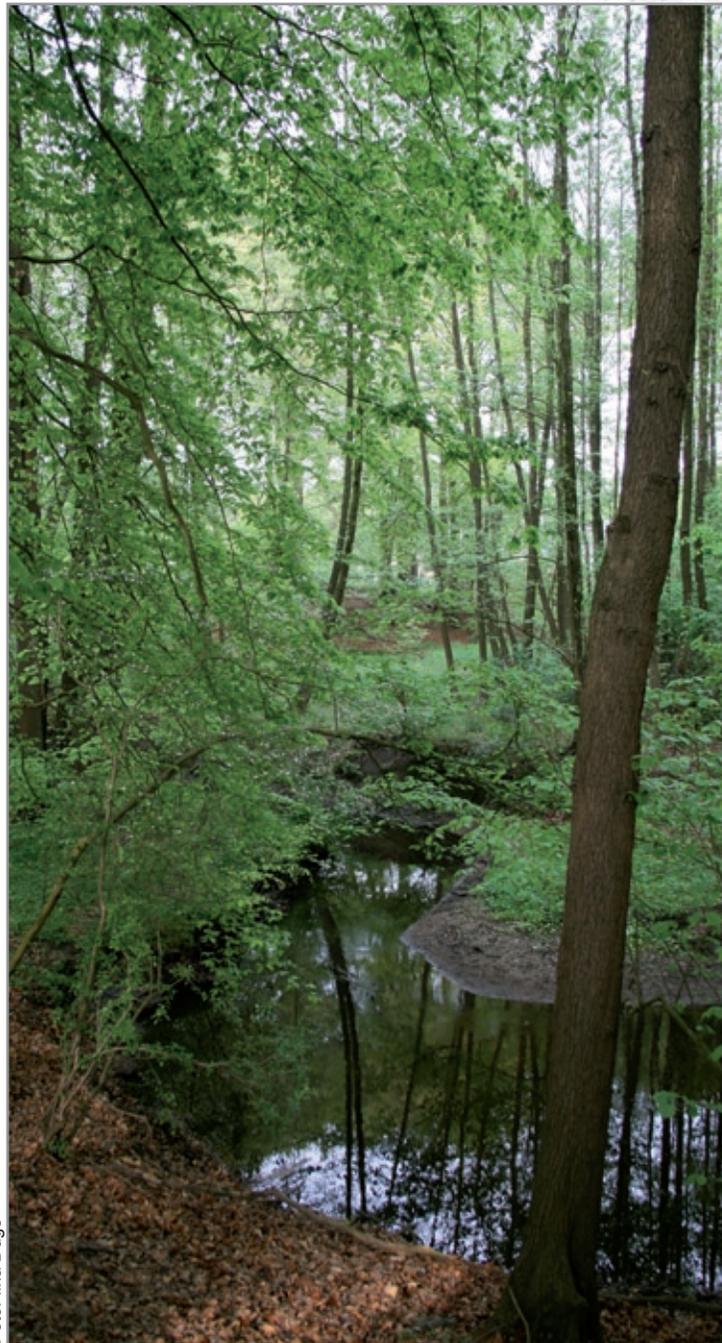


Foto: Ilka Duge

Das Tal der Bredenbek westlich des Wohldorfer Damms soll unter Naturschutz gestellt werden

te Erweiterungsbereich umfasst den östlich des bestehenden Naturschutzgebietes verlaufenden Bach Bredenbek. Dieser verbindet das Naturschutzgebiet mit dem Teich Hörndiek - im Volksmund auch S-Kurventeich genannt - östlich der Straße Wohldorfer Damm. Weitere Gebiete sollen nördlich der Straße Haselknick unter Schutz gestellt

werden. Dazu gehören u.a. extensiv genutzte Pferdeweiden beidseitig der Straße „An der Drosselbek“. Diese Knabenkraut- und Sumpfdotterblumen- und die angrenzende Schachblumenwiese konnten nur dank der extensiven Beweidung gedeihen. Auf Duvenstedter Seite kommen weitere Flächen am Speksaalgraben mit Wald, Grünland und Röhrichtbereichen hinzu. Der gesamte nördliche Erweiterungsbereich hat nachweislich eine hohe Bedeutung als Lebensraum für Fledermäuse. „In einer aktuellen stichprobenartigen Untersuchung in Zusammenhang mit der geplanten Schutzgebietserweiterung konnte belegt werden, dass dieser Bereich von mindestens sieben Arten genutzt wird“, heißt es in der Begründung für die Unterschutzstellung.

Der Entwurf der Verordnung sowie eine Begründung liegen noch bis zum 4. April öffentlich aus in der BSU, Abteilung Naturschutz, Stadthausbrücke 8, Zimmer E 19, Erdgeschoss, montags bis donnerstags von 8.30 bis 16 Uhr und freitags von 8.30 bis 12 Uhr sowie im Bezirksamt Wandsbek, Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt I, Kundenservice Erdgeschoss, Schloßgarten 9, montags von 8 bis 13 Uhr, dienstags von 8 bis 16 Uhr, donnerstags von 8 bis 18 Uhr und freitags von 8 bis 12 Uhr. Bedenken und Anregungen können während der Auslegungsfrist schriftlich oder elektronisch unter naturschutz@bsu.hamburg.de vorgebracht oder zur Niederschrift erklärt werden. (WUZ)

Häuslicher Friseurdienst speziell für pflegebedürftige Menschen

Professionelle Friseure verwöhnen Sie zu Hause.

(Kenntnisse im Pflegebereich wie z. B. bei Demenz, Schlaganfall etc. vorhanden)

Trockenhaarschnitt	12,50 €
Waschen, Legen o. Fönen	28,50 €
Dauerwelle	59,00 €
Arbeiten am Bett zzgl.	6,00 €
zzgl. Fahrkostenpauschale	5,00 €



Wir freuen uns auf Ihren Anruf
Ihr Friseursalon Marina Behrend • Tel. 6 06 84 - 440
www.marina-chic.de

■ Hamburg-Wahl: Absolute Mehrheit für die SPD

Auch Kandidaten von hinteren Plätzen gewählt

Nach einer verkürzten Wahlkampfzeit von nur zwölf Wochen wurde am 20. Februar von nur 724.655 Hamburgern eine neue Bürgerschaft und sieben neue Bezirksversammlungen gewählt. Das waren nur 57,8 Prozent der Wahlberechtigten. Damit sinkt zum dritten Mal seit 2001 die Wahlbeteiligung, eine Tendenz, die auch in anderen Bundesländern zu beobachten ist.

Bereits im Wahlkampf zeichnete sich ab, dass Schwarz/Grün keine Perspektive mehr in Hamburg haben würde und die Befragten einen Rot-Grünen Senat wollen. Die erste Prognose am Wahlabend und auch die ersten Hochrechnungen bestätigten die Umfragewerte. Die Wähler hatten die bisherigen Kräfteverhältnisse in der Bürgerschaft auf den Kopf gestellt und der SPD sogar zu einer absoluten Mehrheit verholfen. Die Sozialdemokraten können nach zehn Jahren auf der Oppositionsbank im Senat allein und ohne Koalitionspart-

ner regieren. Die FDP schafft nach 2001 wieder den Sprung in die Bürgerschaft. Das vorläufige Ergebnis: SPD 48,4 Prozent, 62 Sitze in der Bürgerschaft (+17 Sitze), CDU 21,9%, 28 Sitze (-28 Sitze), GAL 11,2%, 14 Sitze (+2 Sitze), FDP 6,7%, 9 Sitze (+9 Sitze), LINKE 6,4%, 8 Sitze (+/-0 Sitze).

Auch in den Wahlkreisen dominiert die SPD. Sie gewinnt hier insgesamt 37 Direktmandate. Bei der CDU sind es 18, bei der GAL 12, bei der LINKE drei und die FDP erzielt ein Wahlkreismanat. Eine Besonderheit gibt es im Wahlkreis 13 Walddorfer/Alstertal. Hier erringt die CDU gegen den Trend zwei Mandate: Dennis Thering und Thilo Kleibauer ziehen direkt in die Bürgerschaft ein. Bei der SPD wurden Dr. Andreas Dressel und Karin Timmermann direkt in die Bürgerschaft gewählt sowie Christiane Blömeke für die GAL. Im Wahlkreis 12 Bramfeld/Farmsen-Berne: Ingo Egloff, Carola Thimm, Jens-Peter Schwieger (SPD) und

Thomas Kreuzmann (CDU), im Wahlkreis 14 Rahlstedt/Meiendorf: Elke Badde, Ole Buschhüter, Ulrike Hanneken-Deckert (SPD) sowie Karl-Heinz Warnholz (CDU) und im Wahlkreis 11 Wandsbek-Kerngebiet: Ralf Niedmers (CDU), Jan Balcke, Juliane Timmermann (SPD) und Olaf Duge (GAL). Über die Liste kommen insgesamt 25 Kandidaten von der SPD in die Bürgerschaft, zehn sind es bei der CDU, zwei Grüne, fünf LINKE und acht von der FDP.

Die Anzahl der ungültigen Stimmzettel ist deutlich auf 22.320 (3,1%) angestiegen. 2008 betrug sie noch 7.712 (2004: 10.528, 2001: 7.200). Die Wähler, die jedoch zur Wahl gegangen sind, haben das neue Wahlrecht genutzt und vom Panaschieren (Verteilen) und Kumulieren (Häufeln) lebhaft Gebrauch gemacht. Insgesamt wurden 53 Prozent aller Stimmen auf der Landesliste als Parteistimmen und 47 Prozent als Personenstimmen genutzt. Im Gegensatz zur Wahl von 2008 hat das neue Wahlrecht

bewirkt, dass auch Kandidaten von hinteren Listenplätzen in die Bürgerschaft einziehen. Ein Kuriosum ist dabei der 31. Platz: SPD, CDU und GAL hatten mehr als 30 Kandidaten aufgestellt, so dass es pro Partei zwei Blätter pro Landesliste gab. Die Kandidaten auf Platz 31 standen dabei auf dem obersten Platz des zweiten Blattes. Das hat ihnen einen unerwarteten Stimmengewinn beschert. Bei der SPD hat Jan Quast davon profitiert, bei der CDU Heino Vahldiek und bei der GAL Heidrun Schmitt. Bei der CDU konnten sich 13 Kandidaten von 60 um mehr als zehn Plätze verbessern, bei der SPD elf von 60, bei der GAL vier von 34 bessere Plätze erreichen, bei FDP und LINKE jeweils zwei. Außerdem haben viele Wähler davon Gebrauch gemacht, ihre Stimmen unter verschiedenen Parteien/Kandidaten aufzusplitzen. Vor allem bei SPD und GAL. Im Schnitt wurden 4,9 Stimmen vergeben. Die Wahlbeteiligung war im Wahlkreis 13 die höchste in Hamburg: 70,5%. (du)

Das Wahlrecht wirkt und verwirrt

Nach der Wahl gab es viel Kritik am neuen Wahlrecht. Der Verein Mehr Demokratie, der das neue Wahlrecht in Hamburg durchgesetzt hat – und mit ihm über 76.000 Hamburger, die den Volksentscheid unterstützt haben – verteidigte die Neuerungen: „Hamburgs Wähler haben die Kandidatenlisten kräftig durcheinandergewirbelt“, so Manfred Brandt von Mehr Demokratie. „Es gibt keine absolut sicheren Listenplätze mehr, und das war mit der Wahlrechtsreform auch so gewollt. Nicht die Parteigremien, sondern die Wähler sollen das letzte Wort haben, von wem sie sich im Parlament vertreten lassen wollen“.

Nach einer aktuellen Auswertung von www.wahlrecht.de haben die Wähler 23 von 121 Sit-

zen in der Bürgerschaft anders besetzt, als sich die Parteispitzen das vorgestellt hatten. Zu Veränderungen kam es bei neun von 71 Wahlkreissitzen und 14 von 50 Sitzen auf den Landeslisten. Laut einer Nachwahlbefragung von Infratest dimap haben 86 Prozent der Wähler nur eine Partei gewählt, 12 Prozent haben zwei Parteien gewählt, 3 Prozent haben mehr als zwei Parteien gewählt. Mit den Personenstimmen haben die Wähler 23 der 121 Sitze (19 Prozent) in der neuen Hamburgischen Bürgerschaft anders besetzt, als es sich bei geschlossenen Listen ergeben hätte. Nach Einschätzung von Mehr Demokratie ist die niedrige Wahlbeteiligung weniger auf das neue System zurückzuführen als auf die Tatsache, dass 75.000

ehemalige CDU-Wähler zu Hause blieben. Auch die Zahl der ungültigen Stimmen liege im Bundesvergleich im unteren Bereich der Länder, in denen bei Wahlen kumuliert und panaschiert wird. Z.B. gab es in Baden-Württemberg 2009: 3,5%, in Bayern 2008: 3,8%, in Hessen 2006: sogar 5,2% ungültige Stimmen. Manfred Brandt glaubt, dass die ersten Geburtswehen bald vergessen sein werden, denn bei der nächsten Wahl werden Bürgerschaft und Bezirksversammlungen getrennt gewählt. Einige Änderungen müssen bei der nächsten Wahl trotzdem vorgenommen werden. So sollten die Wahlbögen dahingehend geändert werden, dass der jetzt stimmenbringende Platz 31 wieder ein ganz normaler wird. (WUZ)



Foto: Maria Feck

Manfred Brandt:
„Die Parteien werden umdenken müssen“

■ Ergebnisse für die Bezirksversammlung Wandsbek

SPD muss Koalitionspartner finden

Bei den Wahlen zu den Bezirksversammlungen liegt die SPD mit 46,5% auch im Bezirk Wandsbek vorn. Die CDU erhielt 27 %, die GAL 11%, die FDP 7,2, die LINKE 5,3%. Das entspricht einer Sitzverteilung in der neuen Bezirksversammlung von 27 für die SPD (2008: 18), 16 für die CDU (2008: 25), sieben für die GAL, vier für die FDP und drei für die LINKE (alle drei rechnerisch unverändert, allerdings jetzt ein Mandat mehr für die GAL und eins weniger für die LINKE, da ein Grüner nach der Wahl 2008 zur LINKE wechselte). Im Bezirk Wandsbek haben 182.125 Bürger gewählt; das entspricht einer Wahlbeteiligung von 57,1 Prozent.

Im Wandsbeker Parlament könnten SPD und GAL koalieren, aber auch SPD/FDP oder SPD/LINKE hätten eine Mehrheit. Von den 57 Abgeordneten in der Bezirksversammlung wurden bei der SPD 16 direkt über die Wahlkreise gewählt (WK 11: Rainer Schünemann, Ingo Freund, Claudia Mahler, Dr. Christine Posner, WK 12: Lars Pochnicht, Christine Krahl, Carsten Heeder, Marc Buttler, WK 13: André Schneider, Claudia Simon, Xavier Wasner, Gudrun



Foto: Ilka Duge

Die konstituierende Sitzung der Bezirksversammlung Wandsbek findet am 24. März um 18 Uhr im Wandsbeker Bürgersaal, Am Alten Posthaus 4 statt

Wendt, WK 14: *Elke Badde*, Lars Kocherscheid, Michael Ludwig-Kircher, Justin Grapentin) bei der CDU zehn (WK 11: Dennis Timmlau, Timo Stehn, WK 12: Olaf Böttger, *Thomas Kreuzmann*, WK 13: *Dennis Thering*, Nils Wolk, Heinz Seier, Claus-Thomas Heins, WK 14: Claudia Folkers, Dr. Gisbert Gürth), bei der GAL vier (WK 11: Cornelia Stoye, WK 12: Dennis Paustian, WK 13: Sabine Bick, WK 14: Karin Jung), bei der FDP einer (WK 13: Dr. Klaus Fischer) und bei die LINKE zwei (WK 11:

Gernot Schultz, WK 12: Anke Ehlers). 24 weitere Kandidaten kommen über die Liste. Bei der SPD: Anja Quast, Hauke Wagner, Leni Melzer, Hans-Joachim Klier, Ortwin Schuchardt, Jürgen Warncke, Rolf-Jürgen Bumann, Sebastian Hahn, Jan Wegener, Brigitte Markwardt, Peter Pape; bei der CDU: Philip Buse, Eckard Graage, Christa Schmidt, Axel Kukuk, Franziska Hoppermann, Sören Niehaus; bei der GAL: Susanne Zechendorf, *Olaf Duge*, Joachim Nack; bei die LINKE: Vasco Schultz; bei der FDP: Helga Daniel, Klaus-Peter Abend, *Dr. Thomas Kluth*. Davon ziehen fünf Kandidaten

in die Bürgerschaft ein (kursiv gedruckt), so dass es noch zu Nachbesetzungen kommen wird. Wie bei der Bürgerschaftswahl konnten die Wähler auch im Bezirk ihre Kreuze bei den Parteien aber auch bei einzelnen Kandidaten machen. Mit nur 34% wurde davon im Bezirk Wandsbek am wenigsten Gebrauch gemacht (Bergedorf 46%). Von den CDU-Wählern kreuzten sogar nur 30% Personen an (53% in Harburg), auch die SPD bekam in Wandsbek die wenigsten Personenstimmen: 34% gegenüber 47% in Bergedorf. Weitere Wahlergebnisse gibt es unter www.statistik-nord.de. (du)

Die WUZ meint

So sehr der Verein Mehr Demokratie das neue Wahlrecht verteidigt, eins bleibt: Viele Wähler standen ratlos vor zahlreichen unbekannt Namen, auf die sie 20 Stimmen verteilen sollten. Die Musterstimmzettel waren viel zu spät versandt worden, die Wähler fühlten sich schlecht informiert und trafen ihre Entscheidung nach sympathischen Berufen, dem passenden Alter oder dem selben Wohnort. Welche Qualifikation der Kandidat in der Politik hat, für welche Politik er steht oder was von ihm zu erwarten ist, wussten die Wenigsten. Hier wünschen sich die Wähler in Zukunft von den Kandidaten und auch den Parteien mehr Aufklärungsarbeit – vor allem für die, die sich nicht übers Internet informieren können. Zu überdenken ist auch die unübersichtliche Anzahl der Kandidaten. Müssen 60 Bewerber auf der Landesliste stehen wie jetzt z.B. bei der SPD, wenn von insgesamt 62 neuen Abgeordneten doch nur 25 über die Liste in die Bürgerschaft einziehen? (du)



Das Anwälte-Alstertal-Team

Frahredder 20 • 22393 Hamburg Sasel • Telefon: (040) 6 000 000
Fax: (040) 6 000 00 66 • www.anwaelte-alstertal.de

Dr. Günther Engler

Dr. Thomas Fraatz-Rosenfeld

Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Fachanwalt f. Miet- u. Wohnungseigentumsrecht

Marlies Horn

Fachanwältin für Familienrecht und Mediatorin

Thomas Röder

Kompetenz durch Sachkunde und Erfahrung

■ Anmeldungen für die fünften Klassen

Stadtteilschulen werden gut angenommen

Zum Schuljahr 2011/12 konnten Eltern in Hamburg erstmalig zwischen zwei weiterführenden Schulformen wählen: der Stadtteilschule, die alle Abschlüsse inklusive Abitur nach neun Jahren anbietet, und dem Gymnasium, an dem das Abitur wie bisher in acht Jahren abgelegt werden muss. Am stärksten profitiert hiervon die Stadtteilschule mit einem Plus von 721 Anmeldungen (Steigerung von 41 % auf 46 %). An den Gymnasien wurden 230 Schülerinnen und Schüler mehr angemeldet (Steigerung von 52 auf 53 %).

Der von manchen befürchtete Run auf die Gymnasien ist demnach ausgeblieben. Der schulpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Ties Rabe sagte: „Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird das ihre tun, um die Stadtteilschule zu einem Schwerpunkt der künftigen Bildungspolitik machen.“

„Offensichtlich schätzen Eltern diese Schulform und ihr pädagogisches Leitbild: Vielfalt ist Reichtum – gemeinsam erfolgreich lernen“, ist Michael Gwosdz, der schulpolitische Sprecher der GAL-Bürgerschaftsfraktion überzeugt. „Bewusst wählen vie-



Foto: Ilka Duge

Die Stadtteilschule Walddorfer hat seit Jahren einen stetigen Anstieg ihrer Schülerzahlen

le Eltern auch den längeren, aber bewährten Weg zum Abitur in 13 Jahren. Gleichzeitig besteht die Sicherheit, dass die Kinder nach Klasse 6 die Schule nicht wieder verlassen müssen und in einer gewachsenen Klassengemeinschaft bleiben.“ Auch die GAL will in

ihrem Einsatz für die Stadtteilschule nicht nachlassen.

Insgesamt wurden in diesem Jahr (Stand 7. Februar) 12.892 Schüler an weiterführenden staatlichen Schulen angemeldet. Die Organisation der Eingangsklassen läuft in den Schulen bis zu

den Frühjahrsferien. Dann unterbreiten die Schulleitungen der Schulaufsicht ihre Vorschläge. Die Entscheidung über die Einrichtung von Klassen fällt Ende März in der Behörde und wird bis Juni mit den Gremien und der Deputation abgestimmt. (WUZ)

„Zur Kastanie“
Duvenstedt



Specksaalredder 14
22397 HH - Duvenstedt
Reservierung ab sofort
pers. oder unter Tel.: (040) 607 25 25
www.restaurant-zur-kastanie.de
info@restaurant-zur-kastanie.de

Michel und Corinna Weingartner laden zu folgender Abendveranstaltung ein:

am 25. März 2011 um 19:00 Uhr

„Magic-Dinner“
mit Gunthard Pupke

3-Gang-Menü incl. Aperitif
39,00 € pro Person

Gunthard Pupke ist ein Zauberkünstler aus Leidenschaft, ein lässiger Perfektionist. Er ist kein Schauspieler, sondern einer, der sich selbst gibt. Das Tempo, die treffenden Gags, den Humor und Esprit – das mögen die Zuschauer an ihm. Er zaubert mit der Hand und dem Herzen: Das Publikum wird zu Verbündeten, die Zauberei zu gemeinsamen Erlebnis. Gunthard Pupke präsentiert seine Show frech, charmant, trocken und doch poetisch. Lachen, Staunen und Genießen Sie!!

Anmeldungen für die 5. Klassen im Norden Wandsbeks

Gymnasium Buckhorn	100	(118)
Carl-von-Ossietzky-Gymnasium	166	(113)
Gymnasium Farmsen	102	(93)
Gymnasium Grootmoor	147	(180)
Heinrich-Heine-Gymnasium	86	(90)
Gymnasium Hummelsbüttel	81	(80)
Gymnasium Meiendorf	125	(140)
Gymnasium Ohlstedt	130	(85)
Gymnasium Oberalster	111	(100)
Gymnasium Walddorfer	164	(121)
Stadtteilschule Bergstedt	118	(122)
Stadtteilschule Walddorfer	162	(143)
Stadtteilschule Poppenbüttel	75	(91)
Erich-Kästner-Schule	172	(207)
Irena-Sendler-Schule (PPS)	95	(71)

In Klammern die Zahlen von 2010

Quelle: Kleine Anfrage der SPD vom 9. 2. 2011 und 9. 2. 2010

■ Bundesweit einmalig: Klimaschutz an Schulen

GOA mit dem Gütesiegel Klimaschule ausgezeichnet

Das Hamburger Projekt „Klimaschutz an Schulen“ der Schul- und der Stadtentwicklungsbehörde hat am 23. Februar in Stuttgart die offizielle Auszeichnung als UN-Dekade-Projekt „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2011/2012 erhalten. Das Konzept ist nicht nur bundesweit einmalig, es löste sogar internationales Interesse bis nach Vietnam aus. Auch das Gymnasium Oberalster (GOA) beteiligt sich seit Schuljahresbeginn 2009/2010 am Projekt.

In der sogenannten Pilotphase von November 2009 bis Herbst 2010 entwickelten und erprobten 23 Pilotschulen beispielhaft einen schuleigenen Klimaschutzplan. Ziel des Projektes ist es, Klimaschutz sowie Umwelterziehung dauerhaft in den Schulen zu verankern. Im Verbreitungsgebiet der WUZ waren neben dem GOA auch die Grundschule Müssenredder, die Grundschule Nydamer Weg, das Gymnasium Oldenfelde und die Stadtschule Walddörfer beteiligt.

Mit Unterstützung des Projektteams vom Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) sowie im Erfahrungsaustausch mit anderen Pilotschulen hat auch das GOA einen eigenen Klimaschutzplan erstellt in dem sich die Schule verpflichtet, bis 2020 jährlich zwei Prozent CO₂ einzusparen. 2007 wurden die Sanierungsmaßnahmen am GOA abgeschlossen, so dass sich die Schule ganz auf das Energiesparen und die Umweltpädagogik konzentrieren kann. In verschiedenen Bereichen hat bereits eine Bewusstseinsänderung bei Schülern, Eltern und Lehrern stattgefunden, um bewusster mit Energie umzugehen – beispielsweise durch Müllvermeidung, Stromsparen, Stoßlüften oder dem Fußmarsch zur Schule. Auch die kleine Pho-



Foto: LI

Die Vertreter von 19 Schulen erhielten Urkunde und Gütesiegel „Klimaschule 2010-2012“ im Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung

tovoltaikanlage auf dem Dach des GOA trägt seit einigen Jahren zu einer positiveren CO₂-Bilanz bei. Eine elektronische Lichtsteuerungsanlage sorgt für das richtige Licht bei niedrigem Stromverbrauch.

Im vergangenen November erhielten 19 Schulen im Rahmen der Hamburger Klimaschutztage das Gütesiegel „Klimaschule“ und wurden für ihr Engagement belohnt. Gemeinsam haben sie für 2011 über 200 Maßnahmen geplant, deren CO₂-Einsparung der kompletten Emission an Strom und Wasser einer großen Schule entspricht. Besonders hervorgehoben wurde die Idee des GOA, je zwei „Heizenergie-detektive“ pro Klasse auszubilden. Sie sorgen für das richtige Lüften der Klassenräume. Die damalige Schulsenatorin Christa Goetsch nahm die Ehrung vor. Um das Gütesiegel zu erhalten, das für zwei Jahre verliehen wird, hatten die Schulen strenge Kriterien zu erfüllen: Ein veröffentlichter Klimaschutzplan mit konkreten

CO₂-Einsparungen, die sich am Hamburger Klimaschutzkonzept orientieren. Außerdem mussten kurz-, mittel- und langfristige realistische Ziele definiert werden sowie Maßnahmen, Termine und Verantwortlichkeiten hinterlegt sein. Erste Maßnahmen unter Einbindung der Schulgemeinschaft sollten umgesetzt sein.

Seit 2009 arbeitet ein Projektteam am LI intensiv mit den Hamburger Schulen zusammen. Mittlerweile gibt es 24 Klimaschulen in Hamburg, 23 weitere haben im Februar 2011 die Arbeit begonnen, darunter das Carl-von-Ossietzky-Gymnasium, die Grundschule Redder und das Heinrich-Heine-Gymnasium. Das Angebot des LI-Projektteams reicht von pädagogischen und technischen Beratungen, Lehrerfortbildungen, Schülerkursen, neuen Unterrichtsangeboten, z.B. dem Einsatz von

Klimakisten oder Wärmebildkameras bis hin zur Öffentlichkeitsarbeit. Die Schulgemeinschaften entwickeln ihre individuellen Klimaschutzpläne und ernennen dafür erstmals Klimaschutzbeauftragte aus dem Lehrerkollegium. Die Hamburger Schulen emittieren im Schnitt 100.000 Tonnen CO₂ pro Jahr. (du)

heimspiel

...für die Farben der Natur.

Sie möchten kreativ, individuell und gesund leben und wohnen? Wir beraten Sie gerne zu unserem umfangreichen Naturbaustoffsortiment.



Mordhorst
BAUBIOLOGISCHER FACHHANDEL
Kellerbleek 10a
22529 Hamburg
Tel. 040/57 00 70-6
Mo-Fr 9-18 Uhr,
Samstag 9-14 Uhr

■ Unversiegelter Boden ist ein ökologisch wertvolles Gut Flächenverbrauch sinnvoll reduzieren

Hierzulande werden täglich durchschnittlich zwischen 100 und 130 Hektar für Siedlungs- und Verkehrsflächen verbraucht; dies sind in etwa 40 Fußballfelder. Kein Wunder, dass bei solchen erschreckenden Zahlen das Thema Flächenverbrauch in Hamburg eine große Bedeutung hat.

Dabei ist das Wort „Flächenverbrauch“ leicht irreführend. Der Begriff „Flächeninanspruchnahme“ ist viel treffender. Denn schließlich werden keine Flächen verbraucht, sondern von ihrer Nutzungsweise her verändert. Genauer: Eine landwirtschaftliche oder naturbelassene Fläche wird zur Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewandelt.

Die Folgen: eine Flächenzerschneidung insbesondere durch Verkehrswege führt zur Zerstörung von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen. Eine Siedlungsausdehnung führt zu Verkehrswachstum und damit zur Steigerung von Abgasen. Bei einer Versiegelung des Bodens kann zudem das Regenwasser nicht mehr flächenhaft aufgenommen werden und der Boden büßt wichtige Filtereigenschaften ein. Nicht zuletzt ist das Siedlungswachstum schneller als das Bevölkerungswachstum, was wiederum höhere Infrastrukturkosten verursacht, weil Personen und Güter über weitere Strecken transportiert werden müssen. Diese werden bei Planungsentscheidungen häufig nicht berücksichtigt und bedeuten eine Belastung der sowieso schon knappen Haushalte über Jahrzehnte hinweg.

Aus diesen Gründen formuliert die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2002 das ambitionierte Ziel, den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 30 ha täglich zu reduzieren. Wie soll das funktionieren? Sehen sich doch viele Kommunen,

Flächenländer, aber auch die Stadt Hamburg dem Druck von Investoren sowie den wachsenden Wohnraumbedürfnissen der Bevölkerung ausgesetzt.

Eine Antwort bietet das Planungsrecht, insbesondere das des Baugesetzbuches (BauGB). Zentral ist dabei die sogenannte

sogenanntes Flächenrecycling. Ein schonender Umgang bedeutet wiederum, dass bei einer erstmaligen Nutzung eines noch unverbrauchten Bodens die zu erwartende Versiegelung möglichst gering zu halten ist.

Bei der Aufstellung eines Bebauungsplans kann der Planungsträger konkrete Ziele für den

Anstelle der Ausweisung neuer Baugebiete können die Wohnbedürfnisse durch eine stärkere Verdichtung, Schließung von Baulücken oder durch die Sanierung von Altlastenflächen befriedigt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine Verdichtung gerade in Ballungsräumen nicht unbegrenzt erfolgen kann (we-



Foto: Ilka Duge

Das Hinsenfeld gehört zu einer wertvollen Grünverbindung zwischen den Naturschutzgebieten Wittmoor und Rodenbeker Quellental. Trotzdem soll es bebaut werden

Bodenschutzklausel, die sich an die Planungsträger (Kommunen und Bundesländer) richtet. Sie legt fest, dass mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden soll. Was bedeutet das? Sparsamer Umgang mit dem Boden bedeutet, dass noch naturhafter Boden nur dann überplant werden soll, wenn es dem Wohl der Allgemeinheit dient. Sparsamer Verbrauch bedeutet die Wiedernutzung bereits „verbrauchter“ Böden (Industrie- und Gewerbebrachflächen),

Bodenschutz ins Auge fassen. Schon die Festsetzung von überbaubaren und nicht überbaubaren Flächen oder die Größe, Breite und Tiefe des Baugrundstücks können einen entscheidenden Beitrag leisten und insbesondere einer Versiegelung entgegenwirken. Ganz ausdrücklich dem Bodenschutz dienend sind Festsetzungen für Grünflächen sowie Flächen für Landwirtschaft und Wald, welche die Funktionen des Bodens sichern können (z.B. eine Streuobstwiese).

gen des Abbaus ökologisch wertvoller Flächen und der Verminderung der Wohnqualität). Zusammengefasst betrachtet, hat der Gesetzgeber mit den Regelungen des BauGB genügend Vorgaben und Möglichkeiten zur Verbesserung des Bodenschutzes und zur Reduzierung des Flächenverbrauchs geschaffen. An den Planungsträgern liegt es nun, diese umzusetzen und dem Ziel von 30 ha pro Tag bis zum Jahr 2020 näher zu kommen.
Lavinia Jürs/BUND

■ Ammersbek macht es vor: Potentielle Baugebiete bleiben Grünland Erdbeerfeld und Wolkenbarg gerettet

Nach zweieinhalb Jahren Planungsprozess wurde Mitte Februar auf der Ammersbeker Gemeinderatssitzung ein letzter Schritt getan, um Flächenverbrauch und Verkehrszunahme entgegenzuwirken: Die 7. Änderung des Flächennutzungsplanes führt die Wiesen und Felder am Wolkenbarg und am Erdbeerfeld (Hamburger Straße) mit dem „Abschließenden Beschluss“ von Bauland in Grünland zurück.

Dies war von der Gemeinde der letzte formale Schritt für die Flächennutzungsplanänderung, die im März 2009 mit dem „Aufstellungsbeschluss“ begann und die konsequente Fortsetzung der Rücknahme der Bebauungspläne auf den Flächen war.

Nun, knapp zwei Jahre später, sind fast alle inhaltlichen, politischen und formalen Hürden überwunden und mit der deutlichen Mehrheit der Gemeindevertretung das letztes Zwischenziel erreicht. Nicht zuletzt ist dies die Einlösung des Wahlversprechens von 2008 der Grünen und der SPD, keine weiteren großflächigen Neubausiedlungen auf der „grünen Wiese“ zuzulassen. Sie bringen der Gemeinde kein Geld ein, nur höhere Kosten für Infrastrukturerhaltung und zusätzliche Krippen- und Kindergartenplätze.

Der Champagner kann allerdings erst geöffnet werden, wenn auch die letzte Hürde überwunden ist: Die Genehmigung durch die Landesplanungsbehörde in Kiel. Aber da Gemeindevertreter in Schleswig-Holstein vom Innenministerium bereits zu Tagungen eingeladen wurden, um sie für das Problem Flächenverbrauch zu sensibilisieren, besteht die Hoffnung, dass man auch in Kiel den Zug der Zeit erkannt hat.

Flächenverbrauch durch Rücknahme von Baulandvorräten zu reduzieren, ist daher ein weg-



Fotos: BILL

Den morgendlichen Raureif auf der Wiese zwischen Wolkenbarg und Nien Diek kann man jetzt weiter genießen

weisender Schritt, auch über die Gemeindegrenzen hinweg. Der Ammersbeker Ortsteil Lottbek ist voll, die Bevölkerung schrumpft längerfristig und wird älter. Die Verkehrsbelastung auf dem Weg in die City ist unerträglich, als Folge der Neubaugebiete in Bargtheide, aber auch der Wohnbaupolitik Hamburgs. Während in den Walddörfern in den letzten 20 Jahren zahlreiche Baugebiete ausgewiesen wurden, sodass die Bevölkerung beispielsweise in Bergstedt um 30 Prozent oder in Duvenstedt gar um 80 Prozent anstieg, ging sie in zentralen Vierteln wie St. Georg um 15 Prozent zurück und bezahlbarer Wohnraum ist knapp.

Die neuen Ziele am Stadtrand müssen qualitatives Wachstum heißen. Hierzu gehört auch, bei den Bauprojekten, die derzeit in der Nähe vom U-Bahnhof Hoisbüttel den Bedarf an Wohnungen mit guter Verkehrsanbindung de-



cken sollen, die Belange der alternden Bevölkerung in den Fokus zu rücken. Altersgerechtes Wohnen und eine mobile Pflegestation, die Betreuung zu Hause in Ammersbek ermöglicht, wä-

ren notwendiger Bestandteil solcher Planungen.

Petra Ludwig-Sidow/BILL
(Bürgerinitiative Lebenswertes Lottbek)

Naturprodukte

...gibt's nicht nur im Bio-Laden,
wir bieten Ihnen z.B. auch Möbel in Naturwachs- oder Ölfinish,
Fenster + Türen in FSC-Qualität und vieles mehr



**Tischlerei
Ulrich Thies**

Möbel, Innenausbau, Fenster, Türen
...natürlich & schön



Hans-Böckler-Ring 37
22851 Norderstedt
646 681 76
www.uli-tisch.net

■ Ökologie darf nicht hinter der Ökonomie zurückstehen

Kann die SPD auch Umwelt?

Hamburg ist seit jeher eine grüne Stadt. Die Straßenbäume, Grünanlagen, Parks und Naturschutzgebiete prägen das Bild und tragen zu einem lebenswerten Klima bei. Im Umwelthauptstadtjahr hat sich Hamburg das Ziel gesetzt, die städtischen Grünflächen umfassend zu erweitern. Diese Ziele wurden festgeschrieben, als CDU und GAL noch den Senat stellten und die grüne Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk stand dafür, dass das Versprechen auch in die Tat umgesetzt werden würde. Dass der nun von der SPD gestellte Senat neben der Ökonomie die Ökologie nicht vergisst, dass mahnen jetzt die Naturschutzverbände an.



Alexander Porschke sieht unter der SPD „rot“ für die Natur



Manfred Braasch fordert von der SPD ein klares Bekenntnis für Natur- und Umweltschutz

Der BUND kritisiert, dass das bislang vorliegende „Regierungsprogramm“ sowie die Äußerungen im Wahlkampf nicht klar erkennen ließen, in welcher Weise die SPD das Politikfeld Natur- und Umweltschutz in alleiniger Regierungsverantwortung gestalten wolle. Das sei offenbar dem Umstand geschuldet, dass man dieses Feld ohnehin dem Wunschkoalitionspartner GAL überlassen wollte. „Die Hamburger SPD hat in der Umweltpolitik seit 14 Jahren keine Verantwortung getragen. Nun müssen Olaf Scholz und die SPD zeigen, dass sie auch Umweltpolitik können. Wegen der fast schon beschämend dünnen Aussagen reicht die Phrase, dass die SPD umsetzt, was sie vor der Wahl versprochen hat, wohl kaum aus“, so Manfred Braasch, Landesgeschäftsführer des BUND Hamburg.

Entscheidend ist aus Sicht des BUND, wie die künftige Verwaltungsstruktur im Bereich Stadtentwicklung und Umwelt aussehen wird. Hier verlangt der Naturschutzverband eine starke und unabhängige Umweltbehör-

de mit den Zuständigkeiten für Umwelt- und Naturschutz, Stadtentwicklung, Klimaschutz und Energie sowie Landwirtschaft und Forsten. Außerdem fordert er den neuen Senat auf, die Flächenversiegelung zu stoppen, die Wohnungs- und Hafenwirtschaft noch verschärfen wollen; die bisherigen Klimaschutzanstrengungen zu erhöhen um das gesetzte Reduktionsziel von 40 % weniger CO₂ bis 2020 zu erreichen; die Grenzwertüberschreitungen für den Luftschadstoff Stickoxide an Hamburgs Straßen zu minimieren; mehr für den Lärmschutz an Hamburgs Verkehrswegen zu tun; den Artenschwund in Hamburg zu stoppen und einen Biotopverbund einzurichten sowie das Nachpflanzdefizit bei Hamburgs Straßenbäumen zu minimieren.

Auch der NABU mahnt an, dass die SPD in der Regierungsverantwortung nicht umhin kommt, das Jahr der Umwelthauptstadt mit Inhalten zu füllen. „Viele Chancen für eine umweltfreundliche Stadtentwicklung werden jedoch schon dadurch verschenkt, dass die Belange von Natur und Umwelt in den Verwaltungen in den

letzten zehn Jahren immer mehr an den Rand gedrängt wurden“, betont Alexander Porschke, Vorsitzender des NABU Hamburg. Nach Ansicht des NABU muss in Zukunft in Abwägungsentscheidungen dem Natur- und Umweltschutz mehr Gewicht zukommen. Zum anderen sieht er die Stadt in der Pflicht, unbedingt und unverzüglich ihre Anstrengungen zum Erhalt der Artenvielfalt zu verstärken. Dazu gehörten unter anderem die Realisierung eines

Biotopverbundes, die ausreichende Pflege der Naturschutzgebiete und vor allem die finanzielle Stärkung des städtischen Naturschutzes. Porschke fordert die SPD und ihren Spitzenkandidaten auf, den Umweltfragen als Zukunftsaufgaben jetzt besondere Priorität einzuräumen. „Wenn Herr Scholz sein wirtschaftshöriges Wahlprogramm tatsächlich umsetzt, kommt der Natur- und Umweltschutz unter die Räder!“ (WUZ)

**doku
film
front**

DER ENGAGIERTE DOKUMENTARFILM
IM KORALLE KINO IN VOLKSDORF
VORGESTELLT VOM AGENDA 21-BÜRO
VOLKSDORF, S. STOCKHECKE
JEWEILS UM 19:45 UHR

- 17. März:** Let's make money - was macht die Bank mit unserem Geld? von Erwin Wagenhofer
- 14. April:** Die 4. Revolution - Energie Autonomie Der Umstieg von einer fossil-nuklear geprägten Weltwirtschaft auf ein nachhaltiges System ist machbar und faszinierend. Film von Carl-A. Fechner mit Hermann Scheer, Bianca Jagger
- 19. Mai:** Konsumgesellschaft - Grenzenloser Konsum und massenhafte Überproduktion werden zur Belastung für Mensch und Umwelt. Filmserie von Yann Arthus-Bertrand (Die Erde von oben, Teil 10)